

Eric Karstens

Chris Piallat (Hg.): Der Wert der Digitalisierung: Gemeinwohl in der digitalen Welt

2022

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18551>

Veröffentlichungsversion / published version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karstens, Eric: Chris Piallat (Hg.): Der Wert der Digitalisierung: Gemeinwohl in der digitalen Welt. In: *MEDIENwissenschaft: Rezensionen | Reviews*, Jg. 39 (2022), Nr. 2, S. 120–122. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18551>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung 3.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution 3.0/ License. For more information see:

<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Neuerscheinungen: Besprechungen und Hinweise

Im Blickpunkt

Chris Piallat (Hg.): Der Wert der Digitalisierung: Gemeinwohl in der digitalen Welt

Bielefeld: transcript 2021 (Digitale Gesellschaft, Bd.26), 437 S., ISBN 9783837656596, EUR 29,50 (OA)

Das Autor_innenverzeichnis des aktuellen Sammelbands *Der Wert der Digitalisierung* liest sich streckenweise wie ein *Who's who* der deutschen Netz- und Digitalpolitik. Von der Gesellschaft für Freiheitsrechte über die Heinrich-Böll-Stiftung reicht das Spektrum bis zum Hans-Bredow-Institut und zum Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit; hinzu kommt eine Auswahl angesehener Vertreter_innen von Wissenschaft, *Think Tanks* und Zivilgesellschaft.

Gleich zum Auftakt setzt Herausgeber Chris Piallat, der im Hauptberuf für die Grünen-Bundestagsfraktion arbeitet, mit seiner erfrischend lakonischen Einführung in den Stand der Dinge einen starken Akzent – allen, die einen kompakten und kenntnisreichen Überblick suchen, sei dieses Kapitel empfohlen. Er spricht unter anderem einen Zwiespalt an, der sich durch die gesamte Debatte zieht: Digitalisierung wird einerseits mit Fortschrittshoffnung

und Visionen einer basisdemokratischen Gesellschaft verbunden, zugleich aber auch mit Ängsten vor Überforderung und Verlust. So erinnert er an die Prägung des frühen Internets durch eine kleine Gruppe von sich selbst regulierenden Wissenschaftler_innen und Techniker_innen, während das heutige Internet als marktgetriebenes und verrechtlichtes Massenkommunikationsmittel beinahe zwangsläufig die utopischen Ideen seiner Frühphase enttäuschen muss. Uploadfilter oder Maßnahmen gegen *Hate Speech* und Online-Kriminalität sind dafür Beispiele: Sie schränken zwangsläufig die individuelle Freiheit ein und sind für Einzelne schwer zu durchschauen oder überprüfen; zugleich hegen sie das Netz im Rahmen geltender Gesetze ein und machen es damit quasi ‚gesellschaftsfähig‘. Mithin gehe es nicht um eine binäre Entscheidung für oder gegen regulatorische Eingriffe; vielmehr komme es darauf an, das „Gemeinwohl

als Kompass für eine konstruktive und progressive Gestaltung der Digitalisierung“ (S.48) einzusetzen. Piallat fordert dabei, das Netz im Rahmen eines erweiterten Verständnisses von Nachhaltigkeit systematisch „nicht lediglich konservativ (bewahrend) und ökologisch (ressourcenschonend), sondern progressiv (ermöglichend)“ (S.47) auszurichten. Treffend vergleicht er den Prozess mit der Umweltbewegung seit den 1970er Jahren – auch dort hat es Jahrzehnte gedauert, bis das Bewusstsein einer aktivistischen Minderheit in den gesellschaftlichen Mainstream übergehen konnte, selbst wenn noch lange nicht in allen Fragen Einigkeit besteht.

Die übrigen Beiträge des Bandes liefern eine Mischung aus aktuellem Basiswissen, Kommentaren zum Zeitgeschehen und wissenschaftlichen Perspektiven. So bietet Petra Grimm im längsten Kapitel eine Art Grundkurs in digitaler Ethik, der sich zunächst der fundamentalen Ansätze vergewissert, diese dann auf illustrative Fallbeispiele anwendet und zwölf konkrete Werte postuliert (vgl. S.78ff.). Diese Werte wenden die Grundregeln der liberalen Demokratie auf die digitale Welt an. Auch Ellen Ueberschär sowie Christiane Woopen und Sebastian Müller verorten Digitalisierung systematisch im Kontext von Grund- und Menschenrechten, Freiheit und Selbstbestimmung, Privatheit und Medienkompetenz; Woopen und Müller tun dies am Beispiel des Gesundheitssystems.

Andere Kapitel fassen die Herausforderungen der europäischen Medienpolitik zusammen (Tyson Barker), die ‚digitale‘ Rechtsprechung in Deutschland und der EU (Ulf Buermeyer und Malte Spitz), die EU-Regulierungsdebatte um ‚künstliche Intelligenz‘ (Eric Hilgendorf), den Reformbedarf der Behörden (Stefan Heumann) oder stellen Geschlechtergerechtigkeit in den Mittelpunkt (Francesca Schmidt und Nicole Shepard). Christian Stöcker widmet sich den Fallstricken der ‚Aufmerksamkeitsökonomie‘ für die Demokratie, während Philipp Staab und Dominik Piétron der Utopie gemeinwohlorientierter Plattformen neues Leben einzuhauchen versuchen. Matthias C. Kettemann positioniert digitale Governance in der Schnittmenge von nationalem Recht und Völkerrecht, Selbstregulierung, Rechten und Werten.

Besonders spannend sind jedoch die Beiträge, in denen sich ein neuer Konsenshorizont abzeichnet. So erteilt Nils Leopold der Auffassung eine kategorische Absage, Datenschutz und Privatheit lägen in individueller Verantwortung; wenn Nutzer_innen, wie bei Cookie-Bannern und Allgemeinen Geschäftsbedingungen, keine andere Wahl hätten als zuzustimmen, werde ihre Einwilligung absurd. Stattdessen müsse man sie stets im größeren Kontext verhandeln und entsprechend regulieren, insbesondere „wo gravierende und multiple Risiken nicht nur für einzelne Betroffene und deren Rechte, sondern auch für die Kommunikation

und Privatheit der Gesellschaft insgesamt drohen“ (S.186). In die gleiche Richtung argumentiert Lorena Jaume-Palasi. Diskriminierung durch ‚künstliche Intelligenz‘ sei nicht beizukommen, indem man statisch definiert, was nicht gewollt ist, sondern nur durch ständige Analyse des sozialen Machtgefüges: „Inklusion ist [...] eine Art Barometer, an dem der Grad der Legitimität innerhalb der Gesellschaft gemessen werden kann“ (S.222).

Zwei weitere Kapitel widmen sich der Grauzone zwischen libertären und sozialen Ideen vom digitalen Raum. Timo Rademacher und Erik Schilling fragen, wie im Digitalen ein „Recht zum Rechtsverstoß“ (S.161) und damit Autonomie und Freiwilligkeit erhalten werden können. Ähnlich weisen Julia Pohle und Thorsten Thiel auf die Ambivalenz ‚digitaler Souveränität‘ hin: „Dass der Begriff von staatlichen Akteur*innen propagiert wird, ist wenig überraschend. Aber dass er auch offensiv von Wirtschaft und Zivilgesellschaft umarmt wird, sollte schon etwas mehr stutzig machen“ (S.320), denn „wer sich für eine demokratische und offene Digitalisierung einsetzt, sollte nicht zu sehr auf einen Begriff setzen,

der Zentralisierung und Machtdurchsetzung prämiert“ (S.340). Dementsprechend warnen auch Julia Kloiber und Elisa Lindinger, dass Souveränität ohne Zivilgesellschaft zu kurz greift, und sie wünschen sich, dass zivilgesellschaftliche Akteur_innen konstruktiv arbeiten könnten, statt sich als Korrektiv immer neuer Fehlentwicklungen zu verschleifen.

Insgesamt ist der Band gut geeignet, die Kompetenzen aller Beteiligten an der digital- und netzpolitischen Arbeit zu stärken – umso besser und wichtiger, dass er in digitaler Form frei und kostenlos verfügbar ist. Zwar stellt er eine Momentaufnahme dar und zielt vor allem auf die aktuelle digitalpolitische Debatte ab. Zugleich beleuchtet er jedoch geradezu prototypisch die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis sowie die interdisziplinäre Dimension der Digitalisierung. Das Buch ist damit auch eine Aufforderung an die wissenschaftlich Forschenden, die Digitalisierungsdebatte weiterhin mit ihren Methoden und Erkenntnissen zu unterfüttern und damit konsensfähig(er) zu machen.

Eric Karstens (Krefeld)